

Das Europa der Freiheit

Kernelemente der Rede am 05.03.2005 auf dem Convegno internazionale der Fondazione liberal in Rom

1. Die Europäische Einigung ist eine große Erfolgsgeschichte seit mehr als einem halben Jahrhundert. Und die Idee der Freiheit war der Motor der Europäischen Einigung von Anfang an. Durch die Einigung Europas Frieden und Freiheit zu sichern, das hat eine solche Anziehungskraft entwickelt, dass der Wunsch unserer Nachbarn im Osten dazugehören schließlich so unwiderstehlich wurde, dass die Europäische Teilung überwunden und der Ost-West-Konflikt durch eine friedliche Revolution beendet wurde. In der Ukraine haben wir jüngst diese Attraktivität wieder erleben können, und wenn es auf dem Balkan etwas gibt, was all die so heillos zerstrittenen Nationalitäten und Religionen einen kann, dann ist es der Wunsch aller, zu dem Europäischen Einigungswerk hinzu zu stoßen. Die wirtschaftliche Freiheit von Markt und Wettbewerb, verbunden mit sozialer Stabilität und Nachhaltigkeit, hat Europa aus den Zerstörungen zweier Weltkriege und trotz ganz unterschiedlicher Bevölkerungsentwicklung in den verschiedenen Kontinenten unserer Erde wieder zum größten Produzenten, Handelspartner und Markt in der Welt gemacht. Man muss nur die Entwicklung in Ländern, die später zu den Anfangs von sechs gegründeten Gemeinschaften hinzu gekommen sind, wie Spanien, Portugal, Griechenland oder Irland, sich einmal ansehen, um die wirtschaftliche Dynamik eines geeinten Europas zu erleben. Die gemeinsame Europäische Währung entwickelt sich gegen mancherlei Skepsis zu einer der wichtigsten im weltweiten Währungsverbund. Ich werde nicht vergessen, welche großen Reformanstrengungen Italien erfolgreich gemeistert hat, um bei der Wirtschafts- und Währungsunion von Anfang an dabei zu sein.

Und jetzt haben wir den Vertrag über eine Europäische Verfassung, der der institutionellen Vertiefung der Europäischen Union eine neue Qualität verschafft, die weltweit zunehmend und zu Recht faszinierte Aufmerksamkeit findet.

Nichts ist vollkommen, und trotz oder vielleicht wegen aller Erfolge haben wir auch mancherlei Krisen. Die Zustimmung der Menschen in den

Mitgliedstaaten zur europäischen Alltagswirklichkeit ist vielerorts eher gering. Trotz der herausragenden Zustimmung beim spanischen Referendum war die Abstimmungsbeteiligung auch nicht höher als etwa die Beteiligung bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament in Deutschland. Und noch ist nicht sicher, dass der Verfassungsvertrag überall in Europa die zur Ratifizierung notwendige Mehrheit erhält. Die wirtschaftliche Dynamik in der Europäischen Union lässt fast überall zu wünschen übrig, am meisten bedauerlicherweise in meinem Land. Aber das hoffen wir im kommenden Jahr mit einem Regierungs- und Politikwechsel zu ändern. Von dem Ziel der Lissabon-Erklärung, Europa bis zum Jahr 2010 zur dynamischen Wirtschaftsregion in der Welt zu entwickeln, sind wir noch weit entfernt. Und am schlimmsten scheint mir die Spaltung der Europäer in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik und in der Einstellung zum Atlantischen Bündnis zu sein, die im Irak sichtbar geworden ist, die aber doch wohl tiefer liegende Ursachen auch hat. Auch wenn wir seit dem Besuch des Amerikanischen Präsidenten in Europa in der vor vergangenen Woche wieder auf eine Wende zum Besseren hoffen können, sollten wir uns nicht der Illusion hingeben, dass die Probleme schon gelöst und tief greifende Meinungsunterschiede dauerhaft überwunden wären.

2. Deshalb müssen wir uns neu vergewissern, was die Grundlagen der Europäischen Einigung sind, warum wir uns vor einem halben Jahrhundert auf diesen Weg gemacht haben und wozu wir den Fortgang dieses Einigungswerks auch für die Zukunft brauchen. Im Zeitalter der Globalisierung, in dem Entfernungen schrumpfen, Grenzen weniger trennen und wir von Entwicklungen in allen Teilen der Welt immer stärker betroffen sind – in Chancen wie in Risiken -, ist die Europäische Einigung der beste Weg für uns alle, unsere Chancen wahrzunehmen und unsere Verantwortung auch. Das gilt in wirtschaftlicher Hinsicht, und das gilt vor allem für unsere Sicherheit. Frieden und Sicherheit sind unteilbar geworden, und sie sind immer weniger regional abgrenzbar. Man muss nur die Stichworte Internationaler Terrorismus,

Asymmetrische Kriegführung, Failing States, Massenvernichtungswaffen und die Gefahren nuklearer Proliferation? nennen.

Das Streben nach Frieden und gesicherter Freiheit stand schon am Anfang der Europäischen Einigungsbewegung. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation ist vieles anders geworden, aber die Notwendigkeit, Frieden, Sicherheit nach Innen und Außen zu bewahren ist geblieben. Ich bin davon überzeugt, dass die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren in der Europäischen Agenda der bedeutsamste Bereich sein wird, und ich bin überzeugt, dass wir gerade auf diesem Feld die Menschen von der Richtigkeit des Europäischen Einigungsprozesses überzeugen können.

Dabei muss klar sein, dass Europäische Einigung nicht alternativ zum Atlantischen Bündnis oder Gegenpol zu den USA sein kann oder werden darf, sondern dass ein einiges Europa fester Pfeiler der Atlantischen Partnerschaft bleiben wird. Europäische Einigung und Atlantische Partnerschaft sind untrennbar miteinander verbunden. Nach dem ersten Weltkrieg sind Ansätze zu Europäischer Einigung gescheitert, auch weil Amerika sich zu schnell wieder aus Europa zurückgezogen hat. Und nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Europäische Einigung nicht zuletzt wegen des amerikanischen Engagements in Europa gelungen. Gerade in der Verbindung von europäischen und atlantischen Strukturen liegt die Attraktivität begründet, die sich in der historischen Wende 1989/90 so sehr bestätigt hat, wie jüngst wieder in der Ukraine. Wer versuchen wollte, Europa gegen die USA zu eilen, wird am Ende nur Europa spalten. In der Irak-Krise war das zu besichtigen. Gewiss müssen wir daran arbeiten, das Atlantische Bündnis in Richtung von wirklicher Partnerschaft weiterzuentwickeln: aber wir sollten uns dabei nicht immer auf Kritik und Ratschläge an unsere amerikanischen Freunde beschränken, sondern wir müssen selbst größere Beiträge leisten und mehr Verantwortung übernehmen. Eine Arbeitsteilung, wonach sich die USA für Hartpower und Europa für Softpower zuständig halten würde, wird nicht funktionieren. Wir brauchen beides, und wir brauchen beides auf beiden Seiten des Atlantischen Bündnisses.

Deshalb darf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht zur Konkurrenz für die NATO führen oder zur ineffizienten Duplizierung bei ohne dies eher zu begrenzten militärischen Kapazitäten, sondern sie muss eingebunden bleiben in gemeinsame Abstimmungen und Strukturen. Deshalb ist die Renationalisierung von Außenpolitik, wie sie gelegentlich von der Deutschen Bundesregierung betrieben wird, der falsche Weg. Wir brauchen nicht nationale Sonderwege und neue Achsenbildung in Europa, sondern wir brauchen mehr europäische Gemeinsamkeit. Und das gilt auch für die Vertretung in den Vereinten Nationen.

3. Damit Europa seiner Verantwortung für sich selbst und für Andere in der Welt gerecht werden kann, muss es mehr wirtschaftliche Dynamik zurückgewinnen. Das geht nur mit mehr Freiheit und nicht mit immer noch höherem Staatsanteil am Bruttosozialprodukt und immer noch engmaschigere Bürokratie, die Flexibilität und Kreativität eher zu ersticken droht. Deshalb müssen wir auch darauf achten, dass die europäische Alltagswirklichkeit in Brüssel nicht zum bürokratischen Moloch verkommt. Dezentralisierung, Subsidiarität, Lean-Management und Bench-Marking sind die moderneren und effizienteren Organisationsprinzipien.

Das müssen wir bei der Reform unserer sozialen Versicherungssystemen bedenken, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, bei der Effizienzsteigerung von Bildung und Forschung und bei den Rahmenbedingungen für öffentliche wie private Investitionen. Die Balance der sozialen Marktwirtschaft dürfen wir auch im Prozess der Globalisierung und verschärften weltweiten Wettbewerbs nicht aufgeben, aber auch in soweit versprechen Dezentralisierung und Bench-Marking bessere Ergebnisse als ein Übermaß an Zentralisierung und Bürokratie. Deshalb sind wir beim Europäischen Verfassungsvertrag für eine wirkungsvollere Kompetenzordnung zwischen Europäischer Ebene, Mitgliedsstaaten und Regionen eingetreten. Wenn alle für alles zuständig sind, ist am Ende niemand für etwas verantwortlich, und die Effizienz unterliegt der Bürokratie.

Wir dürfen dem Druck auf die notwendigen strukturellen Reformen auch nicht durch den Weg in immer weitere öffentliche Verschuldung ausweichen, weshalb wir ein Aufweichen des Europäischen Stabilitätspaktes ablehnen. Dabei müssen wir übrigens auch daran denken, dass die Europäische Einigung den Menschen in Europa Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit erweisen muss. Wer das bei der Einführung der gemeinsamen Europäischen Währung gegebene Stabilitätsversprechen achtlos beiseite schiebt, wird bei den Bürgern das Vertrauen in Europäische Einigung nicht stärken.

4. Ohne die Zustimmung der Menschen wird die Europäische Einigung dauerhaft nicht gelingen. Das setzt ein Gefühl der Zugehörigkeit der Menschen zur Europäischen Union voraus, Identität nennen wir das in unseren deutschen Debatten. Und das erfordert die richtige Verbindung von Einheit und Vielfalt, die Europäische Einigung immer getragen hat. Das ist die Begründung für die Überlegenheit föderaler Strukturen, und dafür treten wir beim Europäischen Verfassungsprozess ein. Regionale Verankerung, Nationales Bewusstsein und Europäisches Engagement sind weder Gegensätze noch Alternativen, sondern sie bedingen sich gegenseitig. Und je besser das gelingt, umso stärker wird das Europa der Freiheit.

Deshalb kann die Europäische Union auch nicht grenzenlos werden. Vielleicht haben wir in der Frage einer Mitgliedschaft der Türkei unterschiedliche Ansichten. Wir stimmen gewiss darin überein, dass wir ein starkes Interesse an einer guten Entwicklung der Türkei und an enger Partnerschaft mit ihr haben, und auch darin, dass sich aus der langen Verbindung mit der Türkei Verpflichtungen ergeben, die nicht aufgekündigt werden dürfen. Aber ob eine vertiefte politische Einigung der Europäischen Union mit einer Ausdehnung weit über die Grenzen des Europäischen Kontinents hinaus wirklich vereinbar ist oder ob es nicht bessere Lösungen für die dauerhafte enge Verbindung der Türkei mit Europa gibt, darüber sollten wir im Laufe der nun verabredeten Verhandlungen gründlich und unvoreingenommen miteinander nachdenken.

Und in jedem Fall müssen wir darauf achten, dass wir mit dem Zeitmaß künftiger Erweiterungen der Europäischen Union nicht die innere Kohärenz überfordern. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union sind keine sich ausschließenden Alternativen, das Europa der Freiheit braucht beide. Nur eine politisch wirklich geeinte EU wird auch in Zukunft Anziehungskraft und Dynamik entfalten, und umgekehrt legitimiert Attraktivität auch den Prozess der politischen Einigung Europas.

5. Einheit und Vielfalt richtig verbinden, das macht Europa stark, und genauso ist es mit dem richtigen Verhältnis von Weltoffenheit und Vertrautheit. Nähe motiviert Menschen zu Engagement und zu Solidarität. Und Nähe bewahrt auch eher vor der Versuchung der Übertreibung. Deshalb setzt das Europa der Freiheit, dem sich die Europäische Volkspartei verpflichtet weiß, auf Maß und Mitte, und es gründet auf Werte. Die unveräußerliche Würde jedes Menschen, die Unverfügbarkeit menschlichen Lebens, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und das Wissen um Grenzen, die Absage an Allmachtsphantasien, das alles sind Elemente, auf denen die Europäische Volkspartei ihre Politik gründet für eine sichere Zukunft, und darauf lässt sich bauen. Die Verantwortung des Einzelnen, die mit Freiheit untrennbar verbunden ist, der Vorrang der Familie, die menschliche Wärme und die Gemeinsamkeit zwischen den Generationen sichert und damit auch Nachhaltigkeit, Freiwilligkeit, ehrenamtliches Engagement, kommunale und regionale Selbstverwaltung – mit alledem lässt sich ein Europa der Freiheit bauen, das sich im globalen Wettbewerb selbstbewusst behauptet und das um seine Verantwortung weiß, für eine Zukunft in Frieden und Freiheit und für weltweite Solidarität.